

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand



Aktive Solidarität gegen Rassismus und Faschismus

Als Reaktion auf das Umfragehoch der AfD und die faschistischen Pläne zur Massenausweisung von Migrant:innen haben in den letzten Wochen hunderttausende Menschen in Deutschland demonstriert. Den Rassismus und Faschismus wirklich zurückdrängen kann jedoch nur eine eigenständige Bewegung der Arbeiter:innenklasse, die sich nicht der Regierung unterordnet. Einen Ansatz für eine selbständige Arbeiter:innenkampagne gegen Rassismus hat kürzlich das Solidaritätsnetzwerk organisiert.

Von Hamburg bis München und von großen Metropolen wie Berlin bis in kleine Orte wie Eitorf: In den vergangenen Wochen haben in Deutschland hunderttausende Menschen gegen das Erstarken der AfD, nach den Enthüllungen des Redaktionsnetzwerks Correctiv über die faschistischen Pläne zur Massenausweisung von Migrant:innen demonstriert. Neben den Streiks der Lokführer:innen und weiterer Beschäftigter und den Kämpfen der Bäuer:innen handelte es sich um die dritte große politische Bewegung in Deutschland in diesem Frühjahr.

So erfreulich es auch ist, dass so viele

Menschen gegen den Faschismus und für Solidarität mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung auf die Straßen gegangen sind – so muss gleichzeitig festgestellt werden, dass die Bewegung noch voll und ganz unter bürgerlicher Führung stand und sich weitgehend im Rahmen der Regierungspolitik bewegte: Das äußerte sich etwa darin, dass die Demonstrierenden nur selten aufgegriffen haben, wie die Bundesregierung im Rahmen der EU selbst die letzten Reste des Asylrechts abräumt und die Abschottung der Festung Europa vorantreibt.

Nicht umsonst gab es für die Proteste viel Lob vom Kanzler und vom Bundespräsidenten. Der noch weitgehend bürgerlich-brave, obrigkeitstreue Charakter der Demonstrationen äußerte sich nicht zuletzt darin, dass die Menschen freiwillig nach Hause gingen, wenn die Polizei bei Größenordnungen von über 100.000 Menschen Sicherheitsbedenken geltend machte – eine absurde Schikane, wenn man bedenkt, dass sich etwa zeitgleich bei Massenfeiern in den Karnevalshochburgen mitunter noch viel größere Menschenmengen bedenkenlos durch die Städte bewegt haben.



Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Studierendenproteste in Griechenland

Seit Beginn des Jahres setzen sich die Studierenden in Griechenland in einer großen Protestbewegung gegen die Einführung privater Universitäten ein. Wir haben mit Ionas Aggelis über die anhaltenden Proteste und die Hintergründe gesprochen. > Seite 4

Repression statt Grundrechte

Am 18. März ist Tag der politischen Gefangenen. Seit einigen Monaten nehmen Angriffe auf Revolutionär:innen und die Meinungsfreiheit in Deutschland zu. Bei Demonstrationen, zu Hause oder in den Medien: Repressionen und Hetze stehen auf der Tagesordnung. > Seite 6

Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter:innen

Der deutsche Kapitalismus steckt mitten in der Krise. Während die Bundesregierung noch mit einem Miniwachstum von 0,2 Prozent rechnet, prophezeite die Commerzbank bereits im November eine anhaltende Krise. Andere Institute sehen es genauso. > Seite 7

Kampf gegen die Wohnungskrise

Die Mietpreise in Deutschlands Städten steigen immer weiter. Am Housing Action Day wollen zahlreiche Mieter:inneninitiativen und politische Organisationen gegen diese Zustände auf die Straße gehen, darunter auch das Solidaritätsnetzwerk. > Seite 8

Frauen als Vergessene der Krisen?

Am 8. März ist der internationale Frauentag. An diesem Tag gehen seit über 100 Jahren Frauen weltweit auf die Straße, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und für bessere Lebensbedingungen. Auch dieses Jahr finden zahlreiche Proteste statt. > Seite 4

Interview mit dem Frauenkollektiv
> Seite 5

Ampel treibt rassistische Migrationspolitik voran

Die Parteien der Ampelregierung haben vor diesem Hintergrund penetrant versucht, die Proteste für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Sie haben sich als prinzipienfeste Gegner:innen des Faschismus und Rassismus aufgespielt und die Parole ausgegeben, dass nur die Wahl von ihnen den Aufstieg der AfD und damit angeblich den Rechtsruck aufhalten könne. Dabei haben sie Olaf Scholz' Äußerung, jetzt müsse es „Abschiebungen im großen Stil“ geben, ebenso versucht aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu verschieben, wie das von ihnen beschlossene Gesetz mit dem zynischen Titel „Rückführungsverbesserungsgesetz“: Dieses erlaubt unter anderem die Internierung von Menschen in Abschiebehaft für einen Monat, räumt der Polizei erweiterte Durchsuchungsrechte ein und öffnet der Kriminalisierung der Hilfe für Geflüchtete Tür und Tor.

Die Bundesregierung betreibt mit solchen Gesetzen und den medialen Kampagnen um sie herum selbst offensiv die Spaltung der Bevölkerung nach Herkunft, gegen die gerade Hunderttausende demonstrieren – und offenbart damit ihre eigene Scheinheiligkeit. Sie selbst ist es, die durch ihre Politik günstige Bedingungen für den Aufstieg der AfD und den Faschismus schafft.

Die Krise des Kapitals: Der Mutterboden des Faschismus

Dies ist kein Zufall, sondern folgt aus der Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien wie SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU fest auf Seiten des deutschen Kapitals stehen, dass sie konsequent die Interessen der Banken und Konzerne vertreten – wie die Ampelregierung unlängst wieder durch ihre Sparpolitik bei Sozialausgaben bewiesen hat, während sie Unternehmen mit noch mehr Subventionen aus Steuergeldern beschenken will.

Diese Tatsache ist es auch, welche die bürgerlich-demokratischen Parteien mit der AfD vereint, auch wenn diese politisch eine andere Staatsform als die Bundesrepublik in ihrer heutigen Form errichten will, nämlich eine faschistische Diktatur.

Der Druck der Wirtschaftskrise, die gerade über den deutschen Kapitalismus hereinbricht, und die zunehmenden geostrategischen Auseinandersetzungen mit anderen imperialistischen Ländern treiben alle bürgerlichen Parteien im Interesse des Kapitals immer weiter nach rechts, in Richtung härterer Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse, in Richtung der Verteilung des gesell-

schaftlichen Reichtums von unten nach oben. Diese arbeiterfeindliche Politik wird flankiert durch rassistische Spaltung und die Hetze der Arbeiter:innen gegeneinander. Die Regierungsparteien setzen die Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiter:innenklasse derzeit um – die Faschist:innen nutzen sie wiederum, um Teile des Kleinbürger:inntums und der Arbeiter:innen noch aggressiver gegen Migrant:innen aufzuhetzen. So sieht die derzeitige „Arbeitsteilung“ zwischen beiden Lagern tatsächlich aus. Das heißt auch: Es ist gerade die aggressive Politik der Regierung, welche den Faschist:innen dabei hilft, zu erstarken.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, dass die antifaschistische Bewegung, die gerade so viele Menschen aus der Bevölkerung umfasst, ihre bürgerlichen Grenzen überwindet und gegen alle politischen Kräfte des Kapitalismus auftritt – egal ob sie im offen faschistischen oder im bürgerlich-demokratischen Gewand die Arbeiter:innenklasse angreifen. Das bedeutet auch: Eine wirklich konsequent antifaschistische Bewegung kann es nur unter der selbständigen Führung der Arbeiter:innenklasse geben.

Antirassismus und Antifaschismus können nur von uns selbst kommen

Dies sind auch die politischen Grundgedanken hinter einer antirassistischen Kampagne, die kürzlich das Solidaritätsnetzwerk gestartet hat: Ein bundesweiter Zusammenschluss von Arbeiter:innen, Arbeitslosen, Frauen, Migrant:innen zur gemeinsamen Verteidigung und Durchsetzung ihrer Interessen und Rechte. Die Kampagne verband die Ortsgruppen des Netzwerkes in den Städten Freiburg, Essen und Leipzig mit der Zielsetzung, die Stimmung der jeweiligen Stadtteile, in denen die Gruppen aktiv sind, zunächst fortschrittlich zu beeinflussen und von Rassismus betroffene Menschen zur eigenen politischen Tätigkeit zu bewegen.

Die Kolleg:innen vom Solidaritätsnetzwerk Essen haben im Rahmen dieser Kampagne eine Stadtteilzeitung erstellt, die sie bei Demonstrationen und Infoständen im Essener Nordviertel verteilt haben. In dieser Zeitung werden die Themen Rassismus der Ausländerbehörde und Betroffenenenerfahrungen, die aktuellen Probleme in Deutschland und ihr Zusammenhang mit dem Kapitalismus sowie die Lösung durch den Sozialismus behandelt.

Ruhi Hakimi, ein Informatikstudent, der aus Marokko stammt, äußert im Interview mit dem Solinetz: „Im Ausland ist Deutschland für seine Inte-

grationspolitik, den Multikulturalismus, die Anti-Rassismus-Haltung und den Wohlfahrtsstaat bekannt. Aber wenn man kein Europäer aus einem reichen Land ist, sieht die Realität ganz anders aus.“ Dann berichtet er von seinen Erfahrungen mit der Ausländerbehörde: „Wenn es einen kleinen Fehler mit einem Blatt gibt oder etwas fehlt, sind die Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde sehr autoritär, schreien und behandeln die Migrant:innen, als wären sie dumm oder Betrüger:innen. Sie stellen nur eine merkwürdige fiktive Bescheinigung für drei Monate aus. Selbst wenn du dann den Aufenthaltstitel bekommst, bleibt der Umgang immer unangenehm, gewalttätig und diskriminierend. Sie beantworten Fragen oft nur verärgert und stellen stets komische persönliche Fragen zu deiner Situation und deinen Plänen in Deutschland, als ob sie einen Kriminellen entdecken wollten.“ „Ausländer“ werden durch diese entwürdigenden und entmündigenden Prozesse auf Verwertbarkeit geprüft: Haben sie benötigte Qualifikationen, lassen sie sich ohne größere Widerstände herumkommandieren und potentiell ausbeuten? Der Rassismus der Behörde ist so selbst ein Teil des kapitalistischen Ausbeutungssystems.

Harris Borna vom Solidaritätsnetzwerk Leipzig berichtet von den Erfolgen der Kampagne: „Wir haben mit unseren antirassistischen Plakaten einen Nerv bei den Menschen getroffen. Es ist uns gelungen, ein antirassistisches Bewusstsein im Stadtteil zu stärken.“ Von einer Demonstration, die die Gruppe gegen die GEAS-Reform, die drastische Verschärfung des europäischen Asylrechts, zur Hochzeit der Anti-AfD-Proteste veranstaltet hat, sagt er im Gespräch: „Es ist uns gelungen, den klassenkämpferischen Aspekt und den Internationalismus mit dem konkreten Anlass der Anti-AfD-Proteste zu verbinden. Unsere Demo hat sich mit einer Demonstration in Solidarität mit den Palästinenser:innen verbunden, so dass der engere Rahmen gesprengt wurde. Damit konnten wir auch der bürgerlichen Tendenz der Anti-AfD-Proteste etwas entgegensetzen.“

Frank Ali, ein weiteres Mitglied der Leipziger Gruppe sagt: „Wir konnten über unsere Präsenz im Stadtteil, über Demonstrationen, Kundgebungen, Infostände, Poster und Flyer

eine Gegenöffentlichkeit zur rassistischen Hetze der bürgerlichen Medien und Politik schaffen.“ Während der Kampagne stellte die Ortsgruppe aber auch fest, dass die Sprachbarriere bei der Organisation migrantischer Menschen noch ein echtes Hindernis sein kann. Trotz einiger Erfolge ist der Druck durch die geballte Hetze und Medienmacht der bürgerlichen Medien außerdem weiterhin groß, was viele Menschen noch daran hindert, selbst aktiv zu werden.

Keine künstlichen Grenzen zwischen den Arbeiter:innen

Die Kampagne des Solidaritätsnetzwerkes zeigt einen Ansatz auf, wie man eine von den bürgerlichen Kräften unabhängige antirassistische und antifaschistische Praxis entwickeln kann. Die Spaltung der Klasse wird durch die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit in Verbindung mit der Selbstorganisation nicht einfach akzeptiert, sondern aktiv bekämpft. Ruhi Hakimi sagt daher sehr richtig: „Die Kapitalist:innen schaffen künstliche Grenzen zwischen deutschen und ausländischen Arbeiter:innen aufgrund kultureller Unterschiede. Doch die Hauptsache ist, dass wir alle zur gleichen sozialen Klasse gehören – der Arbeiter:innenklasse. Wir haben dieselben Probleme und kämpfen gemeinsam gegen tägliche Ungerechtigkeiten wie hohe Preise, hohe Mieten, niedrige Löhne und Polizeigewalt. Zweitens sind wir Internationalist:innen und bleiben daher solidarisch mit den Völkern aus Ländern, in denen Kriege und extreme Armut herrschen, und die vor diesen schlimmen Verhältnissen flüchten.“





„Die Kämpfe zuspitzen, bis wir die Bildung bekommen, die wir verdienen!“

Seit Beginn des Jahres setzen sich die Studierenden in Griechenland in einer großen Protestbewegung gegen die Einführung privater Universitäten ein. Wir haben mit Ionas Aggelis gesprochen. Er studiert an der Universität West-Attika in Athen und ist Mitglied der Jugend der Kommunistischen Befreiung (vKA).

Könntest du deine Organisation kurz vorstellen?

Ich bin Teil der vKA, einer unabhängigen Jugendorganisation der anti-kapitalistischen, revolutionären und kommunistischen Linken. Unsere Wurzeln liegen im militanten, revolutionären Marxismus. Den Arbeiter:innen, Studierenden und vom Kapitalismus beeinträchtigten wollen wir diese Ideen nahe bringen und zum Kampf gegen das System beitragen. Wir beteiligen uns an jedem Kampf für die Verbesserung des Lebensstandards der großen Mehrheit – durch Basisgewerkschaften, Opposition gegen die bürokratischen Gewerkschaften und ihre Führung, Hineinwirken in die Studierendenbewegung und den Zusammenhalt mit Migrant:innen, Arbeitslosen, LGBTQI+ Personen und allen Unterdrückten. Nur durch eine Kampfgemeinschaft können wir erfolgreich sein, deshalb wollen wir sie in den Betrieben, Lehrerrichtungen und in der Nachbarschaft schaffen und dort eingreifen.

In den letzten Wochen gab es große Studierendenproteste. Wie ist es dazu gekommen und worum geht es den Demonstrierenden?

In den letzten Jahrzehnten haben alle Regierungen versucht, private Universitäten einzuführen, obwohl Artikel 16 der griechischen Verfassung davon ausgeht, dass die höhere Bildung ausschließlich Aufgabe öffentlicher Körperschaften ist. Nach ihrem Wahlsieg will die Regierung der Nea Demokratia die Verfassung mit einem einfachen Gesetz umgehen. Das ist ein Beispiel für den parlamentarischen Totalitarismus, den uns die EU und die mit dem Kapital verstrickte Regierung gebracht haben. Insbesondere seit der Nachkrisenzeit wollen sie in die private Bildung investieren.

Für die Studierenden ist dieses Gesetz ein casus belli (Grund zum Krieg) und wir werden es bekämpfen, bis die Privatisierung der Hochschulbildung endgültig vom Tisch ist.

Kürzungen im öffentlichen Bereich haben die Universitäten in den letzten Jahren funktionsunfähig gemacht, Infrastruktur und Belegschaft reichen nicht. Wenn wir sagen, dass Hörsäle so voll sind, dass Studierende aus den Fenstern fallen, ist das keine Übertreibung. Neben der finanziellen Not der Universitäten gibt es außerdem Zugangsbeschränkung in Form harter Prüfungen. Das ebnet den Privathochschulen den Weg, in denen man eben nur einen Beitrag zahlen muss. Außerdem können die öffentlichen Universitäten nicht mit der Schicki-Micki-Infrastruktur der Privathochschulen konkurrieren. Mehr haben sie aber auch nicht zu bieten, weil sie keine Bildung, sondern Abschlüsse für Zahlungswillige verteilen.

Deshalb ist für uns der Kampf gegen Privathochschulen auch mit dem für eine bessere Ausstattung der öffentlichen Unis verknüpft. Es ist sehr wichtig, das öffentliche Bildungswesen zu verbessern und keinen Raum für privates Profitinteresse zu lassen.

Wie bewertet ihr die Proteste im Vergleich zu anderen Bewegungen der letzten Jahre?

Die Studierendenbewegung hat über die Jahre bereits Reformen stoppen können. Allerdings ist die aktuelle Bewegung die bedeutendste, zumindest in den letzten zehn Jahren. Selbst die optimistischsten Erwartungen konnten wir übertreffen: 30 000 Teilnehmer:innen bei einer Studierendendemonstration am 8. Februar in Athen, 1000 Studierende in Vollversammlungen, in denen es 200 zur Beschlussfähigkeit braucht. Das zeigt

auch, dass wir uns noch in den Frühphasen der Kämpfe befinden und die großen Siege noch kommen werden. Seit fünf Wochen sind wir auf den Straßen und entschlossen, die Kämpfe zuzuspitzen – nicht nur, bis das Gesetz weg ist, sondern bis wir die Bildung bekommen, die wir verdienen.

Könntet ihr etwas über die Erfolge berichten und wie ihr sie erkämpfen konntet?

Seitdem der Aufstand an der Technischen Universität in Athen im November 1973 die Papadopoulos-Militärdiktatur gestürzt hat, stehen die Studierenden an der Spitze der sozialen und Klassenkämpfe. Dieser Aufstand hat die Tradition einer militanten Studierendenbewegung begründet, seine Flamme konnte bis heute nicht gelöscht werden und inspiriert die Studierenden in ihren Kämpfen auch heute noch. Die Studierendenbewegung ist heute im Stande, unterdrückerischen Regierungen die Stirn zu bieten und allgemeine Aufstände auszulösen. Diese Angst treibt die herrschende Klasse auch zu ihrer wütenden Reaktion auf unsere Kämpfe.

Einer unserer letzten Erfolge war, dass wir die Einführung einer Polizeieinheit für die Universitäten verhindern konnten. Die sollte die Uni beschützen, aber vor wem? Vor den Studierenden selbst, weil ihr Kampf eben als Bedrohung wahrgenommen wird.

Wir haben das nicht zugelassen. Jeden Tag sind wir auf die Straßen gegangen, um den Unterdrückungsorganen den Zugang zum Campus mit allen nötigen Mitteln zu verweigern. Der Versuch der Regierung lief ins Leere und sie musste die Einheit auflösen, bevor sie wirklich aufgestellt werden konnte.

Eine andere wichtige Erfahrung war der Kampf gegen die Verfassungsrevision von 2006/07, die auch die Einführung von Privat-Unis erlauben sollte – damals aber tatsächlich durch eine Änderung der Verfassung. Die will man ja nun umgehen, das Vorhaben von damals hat man aber nicht aufgegeben.

Neben diesen großen Beispielen hat die Studierendenbewegung zahllose Siege in ganz Griechenland errungen. Sie haben gegen Kürzungen bei der Studierendenunterstützung gekämpft oder haben kostenlose Unterkunft und Essen für bedürftige Studierende durchgesetzt. All das wäre nie passiert ohne gezielte Anstrengungen, die Studierendengewerkschaften und ihre demokratischen Strukturen zu stärken.

Wie könnten sich die Proteste weiter entwickeln und was wollt ihr erreichen?

Die Aussichten für uns sind gut. Auch unabhängig von ihrem Ausgang werden die Proteste definitiv Spuren hinterlassen. Ende Februar soll über das Gesetz abgestimmt werden. Ich glaube, dass das unserer Bewegung einen klaren Fahrplan setzt: Wir brauchen eine Zuspitzung der Kämpfe und eine stärkere Verbindung zur Arbeiter:innenbewegung und den Bäuer:innenprotesten. Es ist entscheidend, dass die Bewegung Fortschritte macht und entschlossener Kampfformen in ihr Platz finden, um auch echten Druck auf die Regierung machen zu können. Last but not least müssen die besetzten Unis aktiver werden: Die Koordinierungskomitees müssen zu Aktionen aufrufen, die die Studierendenschaft vereinen.

Das ganze Interview findet ihr unter: perspektive-online.net

Wirtschaftskrise, Asylrechtsverschärfungen und Kürzungen – Frauen als Vergessene der Krisen?

Viele Frauen blicken verunsichert und ängstlich auf die Zukunft. Dass diese Ängste keine Hirngespinnste sind, zeigen die zunehmenden Angriffe aus der Politik auf uns. Entwicklungen, die sich in die letzten Jahre einreihen: Corona-Lockdowns, Inflation und Teuerungen, Krieg. Krisen, die Frauen alle auf besondere Weise getroffen haben: Dabei bleiben die Auswirkungen gerade auf die Frauen oft unsichtbar, obwohl sie die Hälfte der Bevölkerung treffen. Ein Kommentar von Anita Blank

2021 waren 16,5 % aller Frauen von Armut bedroht und je höher die Altersgruppe, desto mehr Frauen sind betroffen. In Deutschland gilt als arm, wer 60 % oder weniger des Durchschnittseinkommens monatlich zur Verfügung hat. Konkret bedeutet das aktuell: Wer als alleinlebende Person von 1.250€ oder weniger pro Monat leben muss.

Ein weiterer Blick auf die Zahlen offenbart, dass Alleinerziehende nochmals stärker armutsgefährdet sind, genau so wie verheiratete Frauen mit vielen Kindern und Migrantinnen. Dabei stieg das Armutsrisiko in den letzten Jahren spürbar an. Dass Frauen so häufig armutsgefährdet sind, ist kein Zufall. Ein Drittel aller Frauen arbeitet in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (also Teilzeit, Minijob, befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit) und verfügt so über ein geringeres Einkommen, zahlt weniger in die Rentenkassen ein und wird häufiger gekündigt.

Mit dieser schlechten finanziellen Ausgangslage werden Frauen von jeder Krise schneller und heftiger getroffen. Dazu kommen die Kürzungen im kürzlich beschlossenen Bundeshaushalt. Mit der Anhebung des CO2-Preises, der Erhöhung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie von 7 auf 19 % (und damit auch für Essen in der Schule und im Betrieb) und der Streichung von Subventionen in der Landwirtschaft werden Verbraucherpreise weiter ansteigen und dass in Zeiten von anhaltender Inflation und damit einhergehenden Reallohnverlusten. Für Rentnerinnen, Migrantinnen, Alleinerziehende und erwerbslose Frauen sind weder steuerliche Erleichterungen noch ein Anheben von Leistungen vorgesehen. Stattdessen wird beim Bürgergeld, Wohngeld, bei der Kindergrundsicherung und bei den Renten gespart, wo es nur geht.

Rückzug ins Private

Gerade in Zeiten von zunehmenden Entlassungen, steigender Gewalt und Preisen nehmen soziale Einrichtungen eine zentrale Rolle ein, indem sie die soziale Infrastruktur absichern.

Aber genau das wird mit dem neuen Haushalt unmöglich gemacht. Schon im letzten Jahr warnten soziale Träger, dass Angebote und Leistungen bei 40 % der befragten Einrichtungen eingeschränkt oder ganz eingestellt werden müssen. Sie gehen dabei davon aus, dass das 2024 noch mehr Angebote betreffen wird. Damit fallen Angebote wie Beratung für Migrant:innen, Sozialberatungen und Kultur- und Freizeitangebote weg oder werden stark eingeschränkt. Und genau wie zu Zeiten der Corona-Lockdowns sind es vor allem Frauen, die diese fehlenden Angebote und die Betreuung zuhause auffangen müssen, etwa die Pflege von Angehörigen und die Kinderbetreuung. Wenn durch schlechte Personalschlüssel und Überlastung die Schließzeiten von Kitas und Nachmittagsbetreuung zunehmen, sind sie es, die ihre Arbeitsstunden reduzieren oder sogar ganz kündigen. Eine Entwicklung, die Frauen ans Haus und finanziell an ihre Partner fesselt.

Gewaltschutz in Krisenzeiten

Dieser Rückzug ins Private verfestigt nicht nur die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, sondern steigert auch die Gefahr Gewalt erleben zu müssen. 2022 stiegen die registrierten Fälle sogenannter häuslicher Gewalt um fast 10 % an. Und so furchtbar diese Entwicklung ist, ist sie keine Überraschung. Schon während der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 wurde diese Beobachtung gemacht und auch in der Corona-Pandemie berichteten 7,5 % aller Frauen von Gewalt in der Quarantäne. Existenzsorgen, Angst um den Arbeitsplatz und damit verbundene Minderwertigkeitskomplexe können gerade in Zeiten von Krisen zu einem Anstieg von Gewalt gegen Frauen führen. Mit der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention hat sich der deutsche Staat eigentlich verpflichtet, Gewalt gegen Frauen konsequent zu bekämpfen. Trotzdem fehlen seit Jahren fast 15.000 Frauenhausplätze und Beratungsstellen sind maßlos überlastet. Durch mangelnde Finanzierung und Kürzungen

müssen Frauenhäuser zahlreiche Schutzsuchende abweisen und sind auf ehrenamtliche Mitarbeiterinnen angewiesen. Weiterhin ist gerade das Angebot für migrantische Frauen unzureichend und auch für Frauen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und jugendlichen Söhnen sind Frauenhäuser oft gar keine Option. Für diese Frauen bleibt dann häufig die Wahl zwischen Gewalt und Obdachlosigkeit.

Geflüchtete Frauen werden häufig vergessen

Sprechen wir über die Auswirkungen momentaner wirtschaftlicher Entwicklungen und politischer Entscheidungen auf die Situation von Frauen, müssen wir uns auch die neuen Asylgesetzgebungen auf nationaler sowie auf europäischer Ebene anschauen. Denn obwohl es sich in Europa bei der Mehrzahl der Geflüchteten um Männer handelt, sind es vor allem Frauen, die mit ihren Kindern fliehen und dadurch auch in Deutschland noch vor ganz andere Herausforderungen gestellt werden. Sie sind häufig allein für die Kinderbetreuung zuständig, machen dadurch seltener Sprachkurse und haben größere Schwierigkeiten,

selbstständig zu werden. Mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz kommt für viele ein gestiegenes Abschiebungsrisiko hinzu.

Die Krisen unserer Zeit machen keinen Unterschied zwischen geflüchteten, migrantischen und deutschen Frauen. Aber anders als die Frauen der Kapitalist:innenklasse, der Anna-Lena Baerbocks und Nancy Faesers in Deutschland können sie sich nicht freikaufen von ihrer Unterdrückung. Sie können ihre Wohnungen und Unterkünfte nicht einfach verlassen, wenn sie Gewalt erfahren, sie können niemanden bezahlen, der ihre Kinder versorgt und Angehörigen pflegt, sie können nicht auf Erspartes zurückgreifen, wenn ihre Arbeitsstellen weggekürzt werden. Auf die Politiker:innen, die durch ihre Gesetze und Kürzungen für die oben benannte Situation mit verantwortlich sind kann kein Verlass sein, wenn es darum geht, der besonderen Betroffenheit von Frauen in allen Krisen ein Ende zu setzen. Stattdessen braucht es einen solidarischen Zusammenschluss aller Arbeiter:innen gegen Kürzungen und Asylrechtsverschärfung.



„Die Frauenrevolution beginnt hier und heute“

Am 8. März ist der internationale Frauentag. An diesem Tag gehen seit über 100 Jahren Frauen weltweit auf die Straße, um gegen bestehende Ausbeutung, Unterdrückung und für bessere Lebensbedingungen zu protestieren. Auch dieses Jahr finden zahlreiche Proteste statt. - Im Interview erläutert Julia Wolff warum der Frauentag immer noch aktuell ist.

Welche Bedeutung hat der 8. März für Arbeiterinnen in Deutschland?

Am 8. März als internationaler Frauentag gehen weltweit Frauen und Mädchen auf die Straße, um zu zeigen, dass sie sich nicht mit ihrer Lebensrealität zufrieden geben, sondern gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen. Der Tag steht in einer langen Tradition von über 100 Jahren weltweiter Frauentage, in denen wir nicht isoliert kämpfen, sondern die Kämpfe aller Frauen international verbinden.

Dementsprechend hat er auch eine große Bedeutung für die Arbeiterinnen hier in Deutschland. Denn wenn wir uns die aktuelle Lage anschauen, dann können wir sehen, dass unsere Kämpfe international zusammenhängen und verschiedene Probleme weltweit die selben Ursachen haben.

Welche Ursachen wären das?

Kurz und knapp: Die Ursachen sind der Kapitalismus und das Patriarchat. Denn das bestehende System, in dem wir leben, beruht auf der Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse und auf der besonderen Ausbeutung der Frau. Das heißt, zusätzlich zur Ausbeutung durch die Lohnarbeit müssen wir

als Frauen noch kostenlose Reproduktionsarbeit leisten. Wir werden also doppelt ausgebeutet. Aus diesen Formen der Ausbeutung ergeben sich die verschiedenen Problemlagen, die Arbeiter:innen und Frauen weltweit erleben, obwohl die Auswirkungen natürlich unterschiedlich sein können.

Welche Kämpfe führt ihr als Frauen aktuell in Deutschland?

Die aktuelle Lage ist geprägt von Kriegen, Asylrechtsverschärfung und wirtschaftlichen Krisen.

In Deutschland erleben wir aktuell weitere Angriffe auf unsere Klasse und demokratischen Rechte. Im Vordergrund stehen insbesondere die Hetze gegen Migrant:innen und ein so offen ausgetragener Rassismus wie schon lange nicht mehr, während die Ampel-Koalition mit der GEAS-Reform faktisch das Asylrecht aufhebt. Gleichzeitig stehen wir der Haushaltskrise gegenüber, wobei Ende 2023 Strom- und Gassperren auslaufen sind und beim Bürgergeld Totalstreichung hinzu kommen können, sowie der Wegfall des Bürgergeldbonus.

Als Frauen müssen wir gegen diese Entwicklungen kämpfen, denn sie stellen massive Angriffe auf unsere

Klasse dar. Gleichzeitig sind wir als Frauen von diesen Themen besonders betroffen. Egal ob es um Haushaltskrise und Teuerungen geht oder das Erstarken faschistischer Kräfte. Dabei müssen wir uns vor Augen führen, dass in Krisen- und Kriegszeiten Gewalt an Frauen ansteigt und erkämpfte Fortschritte zurück gedrängt werden. In Palästina und Kurdistan werden unsere Klassengeschwister nach wie vor angegriffen und getötet. Solidarische Kräfte werden hierzulande kriminalisiert und erfahren Repressionen.

Wir können also sehen, es ist höchste Zeit aufzustehen und sich dagegen zu wehren. Denn als Frauen sind wir nicht nur von Krieg, Krise und Rechtsruck besonders betroffen, sondern auch besonders starke Kämpferinnen vereint im Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat. Unsere Befreiung als arbeitende Frauen wird uns nicht geschenkt, wir können sie nur selbst erkämpfen und das international vereint. Deswegen gehen wir auch am 8. März auf die Straße gegen Rassismus, Imperialismus und Patriarchat!

Was macht das Frauenkollektiv am 8. März?

Als Frauenkollektiv sind wir am 8. März bundesweit auf der Straße. In Berlin, Freiburg, Köln und Leipzig organisieren wir klassenkämpferische Demonstrationen und Aktionen anlässlich des internationalen Frauentages. Darüber hinaus organisieren wir davor und danach Vorträge und Frauencafés zu den Themen Rassismus, Imperialismus und Patriarchat.

Wie geht es danach weiter?

Wir müssen uns vor Augen halten, dass der 8. März ein wichtiger Frauentag ist für uns proletarische Frauen. Aber er ist halt auch eben nur einer von 365 Tagen. Unser Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat muss aber jeden Tag stattfinden. Als Frauen sind wir von allen Problemen besonders betroffen, deswegen müssen wir auch bei all diesen Themen über das ganze Jahr hinweg Widerstand

leisten. Dafür ist es notwendig sich politisch zu organisieren. Denn unsere Befreiung als Frauen werden wir nicht in diesem System erreichen. Um dem Kapitalismus und Patriarchat wirklich etwas entgegen setzen zu können, müssen wir eine klassenkämpferische Arbeiterinnenbewegung aufbauen, mit der wir die Frauenrevolution erkämpfen können.

Was versteht ihr unter der Frauenrevolution?

Die Frauenrevolution ist eine Revolution, mit der wir das Patriarchat bekämpfen und alle Geschlechter befreien werden. Wir haben ja bereits gesagt, dass wir als proletarische Frauen mehrfach ausgebeutet und unterdrückt werden durch Kapitalismus und Patriarchat. Die beiden Systeme sind untrennbar miteinander verwoben. Um also das Patriarchat zu bekämpfen, müssen wir auch den Kapitalismus bekämpfen in Form der sozialistischen Revolution. Aber gleichzeitig ist die Arbeit damit nicht getan. Denn das Patriarchat ist das älteste Unterdrückungsverhältnis der Welt und gut darin, sich zu erneuern und an neue wirtschaftliche Bedingungen anzupassen. Mit der Frauenrevolution bekämpfen wir das Patriarchat gezielt auf allen Ebenen, bis wir es schlussendlich zerschlagen haben.

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass die Frauenrevolution nichts ist, was erst in der Zukunft angegangen werden kann. Die Frauenrevolution beginnt schon hier und heute. Wenn wir bspw. unser patriarchales Konkurrenzdenken unter Frauen zurückdrängen und stattdessen Frauensolidarität üben. Oder wenn wir unser Geschlechtsbewusstsein weiter entwickeln und als Frauen zu starken Kämpferinnen werden gegen das Patriarchat.

Das bedeutet, wenn wir am 8. März in Deutschland auf die Straße gehen, dann lassen wir die Frauenrevolution lebendig werden, indem wir im Kampf vereint Seite an Seite mit unseren Schwestern weltweit für eine bessere Zukunft kämpfen.



Repression statt Grundrechte

Am 18. März ist Tag der politischen Gefangenen. Seit einigen Monaten nehmen Angriffe auf Revolutionär:innen und die Meinungsfreiheit in Deutschland zu. Ob bei Demonstrationen, zu Hause oder in den Medien: Repressionen und Hetze stehen auf der Tagesordnung. - Ein Kommentar von Marlon Glaiß

Deutsche Repressionsmethoden in der Türkei

Deutsche Repressionsmethoden finden auch international Anklang: In der Türkei wurden ab dem Jahr 2000 die sogenannten „F- und S-Typ-Gefängnisse“ nach deutschem Vorbild eingeführt. Es handelt sich dabei um Hochsicherheitsgefängnisse in denen insbesondere politische Gefangene unter Isolationshaft untergebracht sind. In der Türkei finden immer wieder Hungerstreiks gegen diese Isolationshaft statt.

Seit November 2023 befinden sich in der Türkei und Nordkurdistan Revolutionär:innen im Hungerstreik, um gegen die Isolationshaft in diesen Gefängnissen zu protestieren. Das europäische Anti-Folter-Komitee (CPT) beschreibt die Unterbringung in Isolationshaft als unmenschliche und entwürdigende Behandlung. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Humans Rights Watch sprechen von willkürlichen Disziplinarstrafen und Miss-handlungen in den Gefängnissen.



Politische Gefangene in Deutschland

Überall dort, wo sich Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung auflehnen, werden Aktivist:innen und Revolutionär:innen von den Herrschenden weggesperrt. Auch in Deutschland gibt es politische Gefangene: So zum Beispiel die Antifaschist:innen Jo, Dy, Findus und Lina, zahlreiche Mitglieder türkischer und kurdischer Organisationen, Aktivist:innen der Klima-Bewegung und viele mehr.

Der 18. März wird in vielen Länder dazu genutzt, um Solidarität mit den politischen Gefangenen zu demonstrieren.

Informiert euch unter rote-hilfe.de über Demonstrationen in eurer Nähe und nutzt den 18. März, um auf der Straße eure Solidarität mit den Gefangenen zu zeigen!

Eigentlich gelten laut Gesetz für alle Bürger:innen in Deutschland die gleichen Grundrechte und diese können auch nicht einfach ausgehebelt werden. Dazu zählen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Jüngste Ereignisse zeigen jedoch auf, dass diese Freiheiten anscheinend nur noch teilweise gewährt werden.

Versammlungs-„Freiheit“?

Wenn man etwas gegen die Politik, gegen die Regierung, den deutschen Staat sagen möchte, dann kann man in Deutschland eine Versammlung anmelden und auf der Straße die eigene Meinung kund tun – zumindest dem Anschein nach. Denn grundsätzlich kann man solche Versammlungen anmelden, aber ob dann tatsächlich auch Meinungsfreiheit auf der Straße gewährt wird oder die Aktionen durch Auflagen und Verbote verunmöglicht werden, ist eine andere Frage.

In den letzten Jahren wurde in vielen Bundesländern wie in NRW und Berlin durch die neuen Polizei- und Versammlungsgesetze genau diese Versammlungsfreiheit immer weiter eingeschränkt. In Sachsen soll das bald ebenfalls passieren. Zusätzlich wurde auch praktisch auf der Straße immer mehr eingegriffen – durch wahllose Angriffe durch die Polizei und später durch lange und teure Gerichtsprozesse.

Bis heute werden Gerichtsprozesse aus dem Jahr 2021 in Wuppertal geführt. Damals veranstaltete das „Engels-Bündnis“ eine Gegendemonstration für Friedrich Engels. Plötzlich wurde diese ohne Begründung von der Polizei aufgelöst, die Demonstrierenden eingekesselt und anschließend griffen Polizist:innen zu Pfefferspray und Schlagstöcken und verletzten mehrere Personen schwer. Bis heute ziehen sich mehrere Prozesse, während das Verwaltungsgericht noch immer entscheiden muss, ob der Polizeieinsatz überhaupt gerechtfertigt war. Ein ähnliches Verhalten konnte auch bei einem brutalen Angriff der Polizei auf eine Demonstration am Rande des G20-Gipfel 2017 in Hamburg gesehen werden. Auch dieser endete für eine Reihe von Demonstrant:innen im Krankenhaus und Untersuchungshaft, die Prozesse ziehen sich bis heute hin. Eine konkrete Straftat

konnte bisher keinem der Demonstrant:innen nachgewiesen werden.

Bei einer anderen Gegendemonstration im Januar diesen Jahres in Berlin, der Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demonstration, griff die Polizei ebenfalls brutal den Demonstrationszug an. Dabei ging es um die Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“. Die Polizei prügelte auch hier mit Schlagstöcken auf die Demonstrierenden ein. Kiefer- und Knochenbrüche, Platzwunden und Bewusstlosigkeit und sogar innere Blutungen trugen die Protestteilnehmer:innen davon. Dazu wurden mehrere Personen von der Polizei mitgenommen und erst Tage später wieder freigelassen.

Einschüchterung durch brutale Hausdurchsuchungen

Aber nicht nur die Eingriffe des deutschen Staates auf der Straße haben zugenommen: Ende letzten Jahres durchsuchte die Berliner Polizei Wohnungen von Mitgliedern der antikapitalistischen Frauenorganisation Zora. Anlass für die Durchsuchungen war das Verteilen eines Flugblatts, auf dem die Popular Front for the Liberation of Palestine positiv erwähnt wurde. Das ist eine palästinensische Organisation, die ebenfalls an den Kämpfen gegen den israelischen Staat beteiligt ist.

Einschüchtern ließen sich die jungen Frauen von den Razzien nicht – am nächsten Tag wurde eine Demonstration in Solidarität mit Zora veranstaltet, an der sich Betroffene sowie zahlreiche politische Gruppen beteiligten.

Doch damit nicht genug: Als öffentlich politische Antwort hielt die Frauenorganisation am 10. Februar eine Pressekonferenz zum Stand der Ermittlungen ab. Dabei erklärte ihr Rechtsanwalt die gesamten Hausdurchsuchungen für unrechtmäßig. Weil die im Flyer genannten Äußerungen von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, basierten die Durchsuchungen ihm zufolge auf keiner rechtlichen Grundlage.

Weiter erklärte der Anwalt, dass der Vorfall politisch so einzuordnen sei, dass Einschränkungen von linken Kräften verstärkt zunehmen. Juristisch werde durch Aktionen wie diese

der Rahmen geöffnet, um politische Freiheit einzuschränken. Der verwendete Strafrechtsparagraf werde selten verwendet und diene als Vorstoß, um den juristischen Handlungsspielraum gegenüber revolutionären Kräften zu erweitern.

Die Hetzjagd der Medien

Nicht zuletzt sind es auch die Medien, die an einer Ausweitung der Repressionen fleißig mitarbeiten. Im September letzten Jahres unterstützten zahlreiche Zeitungen wie die WELT, der Spiegel, MDR und die Bild eine bundesweite Fahndung nach dem Partner der Antifaschistin Lina E. Mit einem Foto von seinem Gesicht und weiteren Hinweisen zu seinem Aussehen gaben sie der Repression eine öffentliche Plattform und verschärften sie somit. Wozu das führen kann, konnten wir letzten Monat in Wuppertal sehen: Ein ganzer Bahnhof wurde vom Spezial-Einsatz-Kommando der Polizei mit Maschinengewehren gestürmt. Und das alles nur, weil jemand ein ehemaliges Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF) erkannt haben wollte. Die wurden kürzlich nämlich auch wieder auf Tausenden von Bildschirmen abgebildet, wie sie denn jetzt, 25 Jahre nach ihrem Untertauchen, aussehen könnten. Der festgenommene Mann war auf jeden Fall kein ehemaliges Mitglied der RAF, musste die Polizei dann zugeben.

Auch die „Letzte Generation“ (LG) stand im vergangenen Jahr oft im Fokus vieler Zeitschriften und Fernsehsender. Mit Überschriften wie: „Klimakleber nervt lieber, als zu arbeiten“ heizen die Bild und andere den Hass auf die LG aktiv an. Damit wurden dann Maßnahmen wie das §129a-Verfahren gerechtfertigt, bei dem alles abgehört und mitgeschnitten werden kann, was Mitglieder der Organisation von sich geben oder die „Präventivhaft“ in Bayern, bei der Dutzende Mitglieder bevor sie auch nur irgendetwas machen konnten oder gar wollten, für mehrere Wochen in Haft kamen.

Der Spielraum für das, was in Deutschland noch gesagt und getan werden kann, scheint immer kleiner zu werden. Dazu führt gerade die Verbindung von neuen einschränkenden Gesetzen, gerichtlichen Verfahren und dem offensiveren Eingreifen von Polizei und Geheimdiensten.

Alles Krise?

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter:innenklasse

Der deutsche Kapitalismus steckt mitten in der Krise. Während die Bundesregierung noch mit einem Miniwachstum von 0,2 Prozent rechnet, prophezeit die Commerzbank bereits im November eine anhaltende Krise. Nun pflichtet ihr auch die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) bei. - Ein Kommentar von Tabea Carlo

Es wäre das erste Mal seit 2002/2003 und das zweite Mal in der Nachkriegsgeschichte, dass die deutsche Wirtschaft zwei Jahre in Folge schrumpft. Die DIHK rechnet in diesem Jahr mit einem Minus von 0,5 %, das wären 0,2 Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr. Die Folgen solcher Krisen spürt die Arbeiter:innenklasse, am stärksten.

Krise auch auf dem Immobilienmarkt angekommen

Seit letztem Jahr schwappt die Wirtschaftskrise immer mehr auf den Immobilienmarkt. So meldeten bereits vergangenen Herbst die Unternehmen Development Partner, die Project-Gruppe, Euroboden und die Gerchgroup Insolvenz an, drei davon im Monat August. In diesem Jahr setzte sich der Trend fort. Mit der Signa Holding und der Signa Real Estate ging u.a. Galeria Kaufhof pleite. Die Insolvenz zeigte dabei beispielhaft den Dominoeffekt, der in der Wirtschaftskrise immer auftritt und sich in der Immobilienbranche besonders schnell zeigt: Die Pleite eines Unternehmens zieht weitere Pleiten nach sich.

Die Wirtschaftskrise führt zu Wohnungsnot

Die Immobilienkrise bringt für die Arbeiter:innenklasse verschiedene

ne Folgen mit sich; unter anderem kommt es zu einem Stellenabbau in der Bauindustrie, darüber hinaus aber auch zu einer weiteren Verschärfung der Wohnungsnot, was weitere Mietsteigerungen nach sich ziehen wird.

Im vergangenen Jahr sind die Leerstände in den Städten noch weiter gesunken und haben Ende 2022 ein Tief von fast 554.000 Wohnungen in ganz Deutschland erreicht. Das zeigt eine Studie des Instituts Empirica und des Immobilienspezialisten CBRE. Demnach sind es rund 53.000 weniger als noch im Jahr zuvor. Insgesamt entspricht das einem Leerstand von nur rund 2,5 Prozent und außerdem dem stärksten Rückgang seit 22 Jahren.

Während in allen Landkreisen ein Rückgang zu verzeichnen ist, existiert dennoch ein starkes Gefälle. Städte wie München mit 0,1 % und Frankfurt am Main mit 0,2 % Leerstand kristallisieren sich dabei als klare Spitzenreiter bei knappem Wohnraum heraus.

Die Verknappung des Wohnraums in den Großstädten führt zu einem weiteren Anstieg der Mietpreise. Immobilienkonzerne wie die LEG haben bereits angekündigt, ihre Mietpreise so stark wie gesetzlich möglich zu erhöhen. Begründet wird das u.a. mit den steigenden Rohstoff- und Energiepreisen. Zum starken Leerstandsanzwachs im

Jahr 2022 trug zwar auch unter anderem die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter bei, am Ende zeigt sich aber vor allem die Auswirkung der Immobilienkrise und die Tatsache, dass die Ampel-Regierung ihre Pläne zur Aufstockung des Wohnraums nicht umgesetzt hat. Im kommenden Jahr lässt die Baukrise auch den Wohnungsbau weiter einbrechen.

Stellenabbau in Deutschland

Wirtschaftskrisen gehen in der Regel auch immer mit einer Welle von Massenentlassungen einher. Momentan scheint dieser Kipppunkt noch nicht erreicht, dennoch zeichnet sich die Krise bereits in einem stärkeren Stellenabbau ab.

In den vergangenen Wochen kündigten verschiedene deutsche Monopole massive Entlassungen an, so unter anderem der Autozulieferer ZF Friedrichshafen mit rund 18.000 Stellen. Damit sind mehr als ein Drittel aller Jobs des Konzerns in Deutschland gefährdet. Hinzu kommen rund 2.800 Arbeitsplätze bei Bosch, die sich nicht nur auf Deutschland beschränken, aber starke Auswirkungen auf die Standorte hier haben. Mit Miele kündigte ein weiterer Industriekonzerne einen Abbau von rund 2.000 Stellen an.

Hinzu kommen noch zahlreiche Techfirmen, unter anderem Google und Pharmaunternehmen wie der deutsche Gigant Bayer. Der Bauindustrieverband (HDB) erklärte kürzlich, es werden in kommenden Monaten rund 10.000 Stellen in der Branche abgebaut; das wären die ersten großen Entlassungswellen seit 15 Jahren.

Dieser Stellenabbau wird durch den Fachkräftemangel in Deutschland zum Teil aufgefangen oder aber verschleiert. Dieser sorgt dafür, dass während Zehntausende ihre Jobs verlieren, andere in Branchen mit wenig qualifizierten Bewerber:innen verhältnismäßig schnell und individuell unter guten Bedingungen einen finden.

Sozialabbau als Krisentradiation

Sozialabbau ist eine alte Krisentradiation. Bereits in vergangenen Krisen hat der Staat auf dieses Mittel zurückgegriffen, um die Krise für die Wirtschaft erträglicher zu machen. Die Krise von 2002/2003 ist dafür ein bekanntes Beispiel; damals nutzte die rot-grüne Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder die Krise für weitreichende Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen („Agenda 2010“).

Die Agenda 2010 ging in den folgenden Jahrzehnten als der größte Abbau des Sozialstaates in die deutsche Geschichte ein. An diesem Punkt stehen wir zurzeit noch nicht, der Blick auf die Geschichte zeigt jedoch, welches Ausmaß an Maßnahmen möglich ist.

Einen großen Teil des fehlenden Geldes im Bundeshaushalt sollen nun die Sozialversicherungen auffangen.

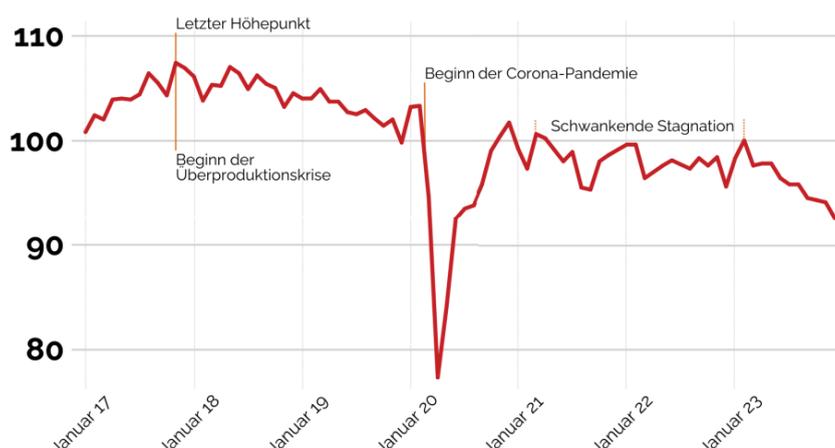
Trotz massiver Kritiken hält die Bundesregierung auch an den geplanten Bürgergeldsanktionen fest. Es soll damit möglich werden, „Totalverweiger:innen“ das Bürgergeld für bis zu zwei Monate zu streichen, sollten sie annehmbare Jobangebote ablehnen. Zwischen jeder Streichung muss dann mindestens ein Monat vergehen. Auch der Bürgergeldbonus wird wieder abgeschafft. Dieser wurde gerade erst eingeführt und wäre eigentlich als eine Art Zuschuss an Bürgergeld-Empfänger:innen gezahlt worden, die eine Weiterbildung machen.

Darüber hinaus wird der Zuschuss an die Rentenversicherungen in den kommenden Jahren um jeweils 600 Millionen Euro gekürzt. Auch die Geldmenge, die für BAföG zur Verfügung steht, soll sinken.

Damit nehmen Kapital und Staat den Lebensstandard der Arbeiter:innenklasse durch Stellenstreichungen, Wohnungsnot und Sozialabbau gleich dreifach unter Beschuss.

Deutsche Produktion kommt nicht ins Rollen

Produktionsindex des produzierenden Gewerbes in Deutschland bis Dezember 2023 (kalender- und saisonbereinigte Werte, 2015=100)



Den Kampf gegen die Wohnungskrise organisieren!



Die Mietpreise in Deutschlands Städten steigen immer weiter.

Arbeiter:innenhaushalte können sich Wohnungen in ihren Vierteln häufig nicht mehr leisten und müssen ins Umland ziehen. Die Wohnungsnot wird durch die Bau- und Immobilienkrise weiter verschärft. Der Staat handelt im Interes-

se der Grundbesitzer und großen Wohnkonzerne und sabotiert wie in Berlin seine eigenen Gesetze.

Am Housing Action Day wollen zahlreiche Mieter:inneninitiativen und politische Organisationen gegen diese Zustände auf die Straße gehen, darunter auch das Solidaritätsnetzwerk.

Die Wohnungskrise in Deutschlands Großstädten verschärft sich weiter. Die Mieten für Bestandswohnungen sind Ende 2023 gegenüber dem Vorjahr wieder um knapp 6 Prozent gestiegen. Bei Neubauten legten die Preise sogar um 7,7 Prozent zu, wie die Online-Plattform ImmoScout24 in einer Studie ermittelt hat. In einigen Städten sind die Steigerungen sogar noch deutlich drastischer, so etwa in Berlin mit 20 Prozent bei Neubauten oder in Stuttgart und Köln mit jeweils über 14 Prozent. Immobilienunternehmen sorgen mit lukrativen Neubauprojekten in städtischen Vierteln dafür, dass der Mietpiegel dort steigt und ziehen damit auch die Preise für Bestandswohnungen nach oben.

Diese Entwicklung führt dazu, dass immer mehr Arbeiter:innenhaushalte ebenso wie Rentner:innen und Student:innen sich das Wohnen im eigenen Stadtviertel nicht mehr leisten können und gezwungen sind, in weiter entlegene Viertel oder ins Um-

land zu ziehen. Quadratmeterpreise, die in den Städten inzwischen häufig über 20 Euro liegen, sind für Normal- und Geringverdiener:innen völlig utopisch.

Verschärfung der Wohnungsnot durch die Wirtschaftskrise

Dass die Bautätigkeit infolge der Wirtschafts- und Immobilienkrise inzwischen deutlich zurückgegangen ist, macht die Sache im Kapitalismus jedoch auch nicht besser: Denn Knappheit an Wohnraum lässt die Mietpreise erst recht explodieren. Gestiegene Zinsen und Materialkosten haben die Bautätigkeit in Deutschland aktuell in Teilen zum Erliegen gebracht, viele Baufirmen sind pleite. Im November meldete das Statistische Bundesamt, dass die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen im Vergleich zu 2022 um knapp 30 Prozent eingebrochen ist.

Die Bundesregierung hatte bei ihrem Antritt das Ziel ausgegeben, 400.000 Wohnungen pro Jahr fertigzustellen. Im Jahr 2022 waren es gerade einmal 295.000, und die Zahl wird nach Prognosen des Münchener Ifo-Instituts bis 2025 schrittweise weiter auf 200.000 fallen. Der Staat zeigt sich damit nicht in der Lage, das Problem der Wohnungsnot in den Städten zu lösen. Das liegt daran, dass der kapitalistische Staat die Interessen der Grundbesitzer und der großen Konzerne vertritt, darunter die von Wohnungskonzernen wie Vonovia und LEG. Seit der Fusion mit „Deutsche Wohnen“ besitzt Vonovia einen Bestand von über 500.000 Wohnungen, davon allein 155.000 in Berlin. Dort verhindert der CDU-SPD-Senat die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen, die im September 2021 per Volksentscheid von 59 % der Teilnehmenden gefordert wurde. Man sieht, dass der Staat sich zur Not auch über die eigenen Regeln hinwegsetzt, um die Profitinteressen des

Kapitals zu schützen.

Housing Action Day 2024

Angesichts dieser Angriffe auf die Lebensbedingungen von Millionen Arbeiter:innen rufen auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Mieter:inneninitiativen zu den „Housing Action Days“ auf. In der europaweiten Aktionswoche vom 30. März bis zum 6. April werden in zahlreichen Städten Proteste gegen explodierende Mieten, schlechte Wohnbedingungen und Verdrängung organisiert. Auch das Solidaritätsnetzwerk ruft für den 6. April zu Aktionen in verschiedenen Städten Deutschlands auf. Dabei fordert die Arbeiter:innenorganisation unter anderem einen sofortigen, bundesweiten Stopp von Mieterhöhungen, ein konsequentes Leerstandsverbot, die sofortige Aussetzung von Zwangsräumungen und die automatische Anpassung aller Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Preis- und Mietentwicklung.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

1. Für unsere Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ an uns schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf dein Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>